Kurzanalyse der niederländischen Parlamentswahlen vom 9. Juni 2010

Schwierige Rahmenbedingungen im Parteiensystem:

In den Niederlanden hat es in den letzten Jahren immer seltener eine Regierung gegeben, die eine volle Legislaturperiode durchgehalten hat. Die Vielparteienkoalitionen, die mittlerweile oftmals völlig gegensätzlich orientierte politische Richtungen miteinander vereinen können sich nur schwer vier Jahre halten, da der Profilierungsdruck auf dem hart umkämpften niederländischen Wählermarkt härter ist als anderswo in Westeuropa. Bereits seit Jahren erhält kaum noch eine Partei mehr als 30% der abgebenen Wählerstimmen.
Die totale Zersplitterung des Parteiensystems in den letzten Jahren ist zum einen eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Entsäulungsprozesse, die die einst klar voneinander unterscheidbaren sozialen Milieus durch neue, viel weniger deutlich umrissene soziale Zusammenhänge ersetzt hat und daher insgesamt ein verschwommenes Bild ergibt. Zum anderen wurden die Regierungen der letzten Jahrzehnte meist von immer denselben Parteien gebildet, dazu auch noch lagerübergreifend, was dazu führte, dass sich breite Wählerschichten nicht mehr von „ihren" Parteien vertreten fühlten und daher neue Gruppierungen begünstigten. Zumindest verfügen die traditionellen Parteien kaum noch über gefestigte Stammwählerschaften, wie sowohl die extremen Schwankungen der Meinungsumfragen im Wahlkampf zeigten als auch das Ergebnis, gerade auch im Hinblick auf ehemalige Parteihochburgen des CDA bewies. Das Entrée neuer politischer Parteien in die Zweite Kammer wird zudem dadurch erleichtert, dass lediglich der Wahlquotient, d.h. ein 1/150 der Sitze (0,67%) für die Erringung eines Mandats nötig sind.
Wie eine Regierungsbildung – Mehrheitskoalitionen sind üblich – ausgeht, hängt auch davon ab, wen genau die Königin zum „Formateur" berufen hat. Dieser hat die Aufgabe, zwischen den Parteiführern zu sondieren, welche Parteien am besten geeignet sind, eine Koalition zu bilden.

Wahlkampfverlauf:

Sozialdemokraten (PvdA):
Die sozialdemokratische PvdA hatte am 20. Februar die Regierung Balkenende verlassen, da sich die Koalitionsparteien nicht auf ein Abzugsdatum der niederländischen Truppen aus Afghanistan festlegen konnten. Nach der Demission der sozialdemokratischen Minister wurde der vorzeitige Neuwahltermin auf den 9. Juni gelegt. Nach den Gemeinderatswahlen am 3. März gaben zahlreiche Politiker aller Parteien ihren Abschied aus der Politik bekannt. Allen voran kündigte Wouter Bos seinen baldigen Rückzug von allen Ämtern an. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen PvdA und vor dem Rückzug aus der Regierung Finanzminister, hatte seine Partei mitten in der Weltfinanzkrise als Krisenmanager positionieren können. Der einzige verbliebene Politstar, der in der PvdA seit Jahren ein Schattendasein als Ersatztrumpfkarte führte, wurde nun ins Spiel gebracht: Job Cohen, der populäre Bürgermeister von Amsterdam, gilt als Brückenbauer zwischen den Kulturen in der multikulturell geprägten Hauptstadt und – im Gegensatz zu Bos oder dem Alt-PvdA-Vorsitzenden und Alt-Premierminister Wim Kok – haftete ihm auch kein Image des neoliberalen Privatisierers an. Nach den ersten Umfragen von Maurice de Hond wollte eine deutliche Mehrheit der Niederländer nun Cohen als Premier an der Spitze der künftigen Regierung sehen. Während des Wahlkampfes ging Cohens Popularität dann beständig zurück, da er in seinen öffentlichen Redeauftritten in fast allen Politikfeldern reichlich nebulös blieb und wenig konfrontatives Verhalten zeigte.

Christdemokraten (CDA):
Der christdemokratische CDA hatte mit Jan Peter Balkenende einen Spitzenkandidaten, der eigentlich längst als abgeschrieben gegolten hatte. Die Niederländer verbanden ihn wohl eher mit der Krise als mit Krisenmanagement. Dass die Christdemokraten – und auf die christliche Konnotation legt man hier durchaus wert – nicht nur das außereheliche Abenteuer des Staatssekretärs de Vries mit seiner Büroleiterin, sondern auch die Krise der katholischen Kirche ertragen musste, trug zum weiteren Glaubwürdigkeitsverlust der einstigen Staatspartei bei. Zudem musste der Appell auch noch auf Camiel Eurlings verzichten. Der smarte und sehr populäre Limburger Jungpolitiker, ehemaliger Parteivorsitzender und Verkehrsminister, der von Balkenende mehrmals kujoniert worden war, zog sich ins „Privatleben" zurück und wird sicher bald, wie in den Niederlanden üblich, entweder einen Top-Beamtenposten erlangen oder sich in die Wirtschaft orientieren. Nach der Wahlniederlage ist Maxime Verhagen, ehemals Fraktionsvorsitzender und Minister neuer politischer Führer des Appells. Dass der CDA sich an einer neuen Regierung beteiligen wird, ist angesichts des extremen Wahlergebnisses mehr als fraglich.

Rechtsliberale (VVD):
Die rechtsliberale „Volkspartei für Freiheit und Demokratie", so der volle Name der bürgerlichsten aller niederländischen Parteien ist die Siegerin der Wahlen vom 9. Juni. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sind die Rechtsliberalen nun stärkste Kraft, allerdings hatte auch die VVD in ihrer Parteigeschichte schon bessere Ergebnisse erzielt. Auf den ersten Blick mag es auch hier verwundern, dass mitten in der größten ökonomischen Krise seit Jahrzehnten eine liberale Partei so viele Stimmen auf sich vereint, aber hier handelt es sich keinesfalls um einen Wiedergänger der deutschen FDP. Die VVD ist eine sehr mitgliederstarke Partei, tief verankert in Unternehmer- und Honoratiorenkreisen und im Gegensatz zum CDA konfessionellen Neigungen völlig unverdächtig. In zahlreichen Kommunen und Provinzen sind die Liberalen seit Ewigkeiten an den Verwaltungen beteiligt, was sie ebenfalls von den deutschen Liberalen markant unterscheidet. Gewonnen hat sie ganz klar, weil ihr Spitzenkandidat Mark Rutte ein Mann des deutlichen Wortes ist, gleichzeitig aber auch weder dafür bekannt, den Sozialstaat völlig rasieren zu wollen oder eine immigrantenfeindliche Politik zu betreiben. Dass sie schlicht und einfach zu diesem Zeitpunkt die ressourcenstärkste Oppositionspartei war, hat ein Übriges bewirkt.

Sozialisten (SP):
Die SP musste endgültig auf den langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Jan Marjnissen verzichten, der – gesundheitlich schon lange angegriffen – auf eine weitere Kandidatur für die Zweite Kammer verzichtet hatte. Zudem war die ihm vor eineinhalb Jahren als Parteivorsitzende nachgefolgte Agnes Kant direkt nach der verlorenen Kommunalwahl im März ebenfalls von allen Ämtern und einer erneuten Kandidatur zurückgetreten. Zu ihrem Nachfolger wurde kurz darauf Emile Roemer gewählt, der seine Kandidatur schnell bekanntgegeben hatte und keine Mitbewerber fürchten musste. Roemer, wie Marijnissen aus Brabant stammend und ebenso wie er mit langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung im Rücken führte den Wahlkampf mit einer Linie, die die SP in den späten 1990er Jahren groß gemacht hatte. Der „Grote schoonmaak", das „Großreinemachen" lautete der Slogan der SP: die Rente mit 68 sollte gestoppt werden, die Balkenende-Regierung einem Kabinett der Linksparteien weichen und auch mit Kritik an dem weichen und im Wahlkampf immer widersprüchlicher werdenden Kurs von Cohens PvdA wurde nicht gespart. Obwohl von der SP in den Leitmedien des Landes kaum die Rede und Spitzenkandidat Roemer seinerseits zu Wahlkampfbeginn den wenigsten Bürgern überhaupt ein Begriff war, konnten die Sozialisten sich durch die Fernsehauftritte Roemers immer mehr in den Umfragen verbessern. Mit Roemer an der Spitze waren für die SP im April nur noch acht Sitze prognostiziert worden,

am Wahlabend waren es schließlich fünfzehn (!). Dass die SP also zehn Sitze verloren hat, ist keine zu große Tragödie, wenn man alle Umstände sorgfältig miteinander abwägt. Auch Roemer aprach am Wahlabend von einer „Niederlage mit Goldrand". Vielmehr ist sie immer noch die einzige der „neuen" Parteien der letzten zwei Jahrzehnte, die abermals bewiesen hat, dass sie im System etabliert ist und nicht mehr verdrängt werden kann. Zudem hat sie immer noch auf einem Niveau abgeschnitten, was sich deutlich oberhalb der Ergebnisse vor der Ausnahmewahl 2006 befindet.

Rechtspopulisten (PVV):
Die rechtspopulistische PVV spielte im Wahlkampf wie erwartet die zentrale Rolle, vielleicht sogar noch mehr unter den ausländischen Medienbeobachtern, die das Image der Niederlande als liberales Land erneut in Gefahr sahen. Geert Wilders und seine *„Partij voor de Vrijheid"* (Partei für die Freiheit) stellen kein wirklich neues Phänomen dar, denn bereits Pim Fortuyn hatte im Wahlkampf 2002 die Islamkritik parteipolitisch hoffähig gemacht und seinerzeit trotz des Mordes am Spitzenkandidaten 25 Sitze eingefahren. Wilders allerdings, der sich im September 2004 von der rechtsliberalen VVD abgespalten hatte, ist in seinen Aussagen wesentlich radikaler als Fortuyn. Der Koran sollte nach seiner Ansicht verboten werden, selbstredend auch die Burka, die vermutlich nur von sehr sehr geringen Anzahl von Frauen überhaupt getragen wird. Andere Politikfelder behandelt Wilders absolut nachrangig, sie spielen aber ebenso auf einer klassischen rechtspopulistischen Klaviatur. Mit der SP ist er sich einig darin, dass das Rentenalter nicht erhöht werden sollte, eine Forderung allerdings, die er für kommende Koalitionsverhandlungen keine 24 Stunden nach der Wahl fallen ließ. Bemerkenswert ist die firmenartige, autoritäre Organisationsform seiner Partei, denn Wilders selbst ist das einzige Mitglied der PVV und kann schalten und walten, wie er will. Im Wahlkampf sorgte für Aufsehen, dass der PVV-Kandidat Hero Brinkman sich deutlich von dieser Organisationsform distanzierte und eine mit innerparteilicher Demokratie ausgestattete Partei präferierte.
Wilders versuchte in seiner Kampagne, ein persönliches Duell zwischen ihm und Job Cohen zu inszenieren und eine Dichotomie mehr oder weniger Islam/Einwanderung herzustellen. Er warf dem Spitzenkandidaten der PvdA vor, ein „Multikultiknutscher" zu sein, der radikale Islamisten in Amsterdam offensiv fördern würde. Cohen versuchte – in seiner manchmal etwas unbeholfenen Art – dieser Diskussion in Debatten immer aus dem Weg zu gehen, während Emile Roemer als SP-Spitzenkandidat sich im Fernsehduell gegen Wilders hervorragend schlug, da er nicht nur nuanciert, sondern auch in einer angenehm bodenständig und nicht auswendig gelernten Art den Populisten vorführte. Der Moderator Ferry Mingelen hatte vorher versucht, die beiden Parteien in einen Topf zu werfen und auch Wilders bezog sich auf ein uraltes Pamphlet der SP aus den frühen 1980ern, in der man sich für die Ausreise von ehemaligen Gastarbeitern ausgesprochen hatte. Roemer konnte glaubwürdig machen, dass nicht nur Wilders Ahnung von historischen maoistischen Papierchen begrenzt war, sondern seine Haltung gegenüber Muslimen schlicht und einfach Menschen ausgrenzen würde, nur weil sie eine andere Religion hätten und dies zu keinem Zeitpunkt die Linie der SP gewesen sei. Eine Ähnlichkeit besteht zwischen beiden Parteien in der Tat in der Konstruktion der „gewone mensen" (einfache Leute) durch die SP und „Henk und Ingrid", sprich: „Max Mustermann" und „Lieschen Müller" der Niederlande durch die Wilders-Partei, die von den Eliten vergessen worden seien.

Ausblick:

Es ist auch jetzt immer noch nicht genau zu prognostizieren, wer schließlich die neue Regierung in Den Haag stellen wird. Informateur Uri Rosenthal (VVD) hat mittlerweile diverse Kombinationen eruiert, die fehlschlugen. Es wird definitiv kein Rechtskabinett aus VVD, CDA und Wilders´ PVV geben und auch eine Rechts-Links-Koalition („Lila plus" aus VVD, PvdA, D 66 und GroenLinks genannt in Anlehnung in Wim Koks Koalitionsregierungen mit den Liberalen in den 1990ern) ist bereits ausgeschlossen. Bei der ersten Koalitionsmöglichkeit waren es die Christdemokraten, die sich dagegen verwahrten, die zweite Möglichkeit schloss der liberale Spitzenkandidat Rutte aus. Cohen hat sich für eine ähnliche Koalition ausgesprochen, möchte allerdings den CDA als Mittelpartei unbedingt beteiligen. Die Grünen-Spitzenkandidatin Femke Halsema, die sich ohnehin einmal als Liberale bezeichnet hatte, plädiert nach wie vor für „Lila plus", eine auch bei Journalisten noch immer gerne besprochene Variante. Emile Roemer tritt seinerseits für eine Koalition seiner Partei mit PvdA, GroenLinks und dem größten Wahlverlierer, dem CDA ein. Vor vier Jahren hatte sich auch Jan Marijnissen während der „Formatie" für eine Verbundung PvdA-SP-CDA ausgesprochen, die damals am CDA scheiterte, wie auch diesmal prognostiziert. Jeder Parteiführer schielt nun logischerweise danach, am besten und ausgewogensten seine Vertretung zu sichern. Dass dies bei diesen Verhältnissen kaum für alle möglich sein wird, liegt wohl auf der Hand. Bemerkenswert ist, dass die Möglichkeit einer Minderheitsregierung noch immer nicht ernsthaft in Betracht gezogen wurde, obgleich diese verfassungsrechtlich durchaus möglich wäre und bei einer derartigen Zersplitterung gerade den kleineren Parteien, so auch der SP, auch zugute kommen könnte.
Man muss das Paradoxon wohl noch eine Weile hinnehmen, dass die Vorschläge der SP im Parlament durchaus geachtet werde und mittlerweile nicht selten auch Mehrheiten finden, ihre Regierungsteilnahme aber noch auf sich warte lässt. GroenLinks ist jetzt überhaupt das erste Mal auch von den anderen Parteien als Verhandlungspartner akzeptiert, dafür brauchte die Ökopartei allerdings ein halbes Jahrhundert, wenn man ihre Vorgängerparteien mitrechnet und immerhin noch zwei Jahrzehnte, wenn man sie in ihrer jetzigen Form betrachtet.

Wählerprofile:

Das Ergebnis bestätigt einige Trends, die man schon bei den letzten Urnengängen festgestellt hatte. Die Wahlkämpfe werden hochpersonalisiert geführt und stärker von den Medien beeinflusst denn je. Eine (zumindest manchmal so erscheinende) Phalanx, z. B. in Form ausschließender Koalitionsaussagen gegen den Rechtspopulismus hat ihm hier weit mehr genutzt als geschadet, insofern war die SP-Strategie der sachlichen Auseinandersetzung mit Geert Wilders durchaus gelungen. Vor allem der CDA ist an der PVV-Welle gescheitert, da die populären Politiker aus dem katholischen Süden bei dieser Wahl nach und nach alle ausgefallen waren und auch das spezifische regionle Bewusstsein der sich traditionalle zurückgesetzt fühlenden Brabanter und Limburger mittlerweile als zutiefst gestört gilt. So konnte der Limburger Wilders tatsächlich die PVV in seiner Heimatprovinz zur stärksten Kraft machen, von 11,5% auf 26,8% stiegen hier die Ziffern für Wilders an. Auch die SP hat ihre Hochburgen nach wie vor im Süden, verlor allerdings hier leicht mehr als die durchschnittlichen 6,8% landesweit. In Limburg kam die SP auf 12,9% (2006: 20,6%) und in Noord-Brabant behielt sie 13,4% (2006: 20,4%). In den Hochburgen Heerlen in Limburg und Oss in Brabant blieb die SP die größte Partei, in Boxmeer, dem Wohnort von Emile Roemer verbesserte sie sich sogar ganz erhablich und kam auf 33,7% (2006: 23,5%). Dass die Personalisierung sich derart deutlich bemerkbar auch in den Wohnorten der Spitzenkandidaten macht ist in dieser Qualität ebenfalls neu, auch Job Cohen, dessen PvdA

landesweit Stimmen verlor, legte in „seiner“ Stadt Amsterdam, in der er Bürgermeister war, deutlich zu.
Was das soziale Profil betrifft, kann man sagen, dass sowohl SP als auch die PVV tatsächlich „kleine Leute“-Parteien sind, beide Parteien haben einen Anhang mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen und niedriger Schulbildung. Nur ist die PVV wesentlich stärker männlich geprägt, während die SP wie bei den letzte Wahlen ausgewogen von beiden Geschlechtern bevorzugt wird. Die SP zumindest ist bei dieser Wahl wieder etwas „südlicher“ und „unterschichtiger“ geworden, wenn man es auf den Punkt bringen wollte. In den Städten, so z. B. in Amsterdam hat sie viele Wähler an Cohens PvdA verloren und auch die junge, urbane Akademikerklientel der Universitätsstädte, die sich vor vier Jahren mit Marijnissen – vermutlich auch mit Agnes Kant identifizieren konnte, fremdelte nun mit dem neuen Spitzenkandidaten Emile Roemer. Die Stimmen der „kreativen Klasse“ gingen daher auch in großer Zahl an GroenLinks und die PvdA.

Clemens Wirries, Institut für Demokratieforschung, Göttingen

Anhang:

Landesweites Wahlergebnis der niederländischen Parlamentswahlen vom 9. Juni 2010

Listennummer	**Stimmen (abs.)**	**Stimmen (in% 2010)**	**Stimmen (in% 2006)**
1. Christen Democratisch Appèl (CDA)	1.281.886	13,61	26,51
2. Partij van de Arbeid (P.v.d.A.)	1.848.805	19,63	21,19
3. SP (Socialistische Partij)	924.696	9,82	16,58
4. VVD	1.929.575	20.49	14,67
5. PVV (Partij voor de Vrijheid)	1.454.493	15,45	5,89
6. GROENLINKS	628.096	6,67	4,60
7. ChristenUnie	305.094	3,24	3,97
8. Democraten 66 (D66)	654.167	6,95	1,96
9. Partij voor de Dieren	122.317	1,30	1,83
10. Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP)	163.581	1,74	1,56
12. Nieuw Nederland	2.010	0,02	
13. TROTS OP NEDERLAND LIJST RITA VERDONK	52.937	0,56	
14. Partij voor Mens en Spirit (MenS)	26.196	0,28	
15. Heel NL	1.255	0,01	
16. Partij één	2.042	0,02	
17.	7.456	0,08	
18. Piratenpartij	10.471	0,11	
19.	924	0,01	

Listennummer und -bezeichnung	**2010**	**2006**
1. Christen Democratisch Appèl (CDA)	21	41
2. Partij van de Arbeid (P.v.d.A.)	30	33
3. SP (Socialistische Partij)	15	25
4. VVD	31	22
5. PVV (Partij voor de Vrijheid)	24	9
6. GROENLINKS	10	7
7. ChristenUnie	5	6
8. Democraten 66 (D66)	10	3
9. Partij voor de Dieren	2	2
10. Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP)	2	2
12. Nieuw Nederland		
13. TROTS OP NEDERLAND LIJST RITA VERDONK		
14. Partij voor Mens en Spirit (MenS)		
15. Heel NL		
16. Partij één		
17.		
18. Piratenpartij		
19.		

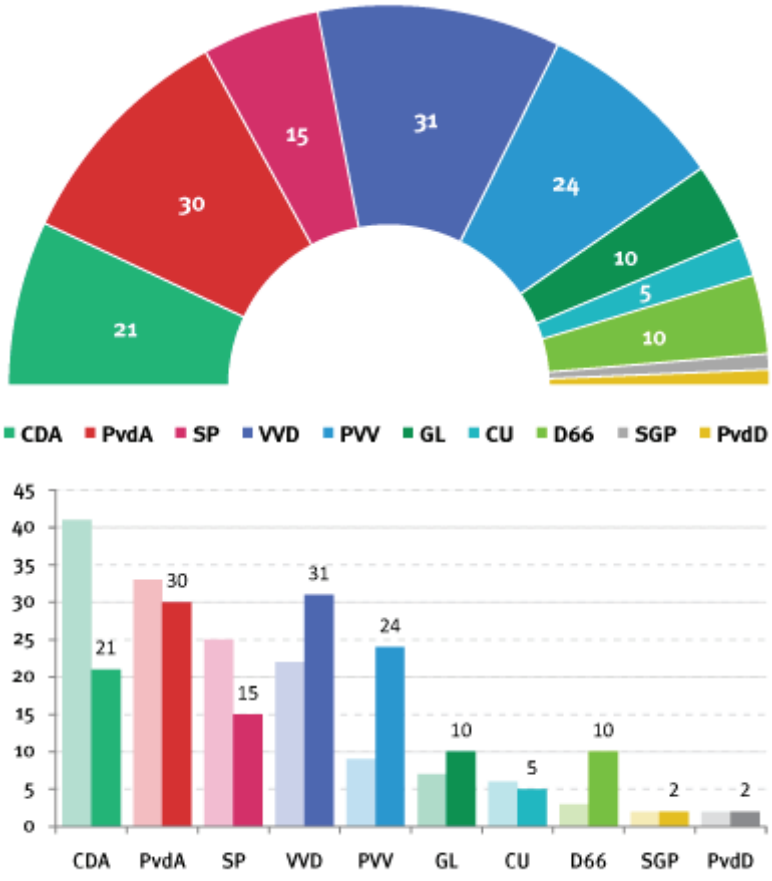
Listenverbindungen

Er wurden zwei Listenverbindungen eingereicht:

Lijstencombinatie	Totaal aantal stemmen
Partij van de Arbeid (P.v.d.A.) en GROENLINKS	2.476.901
ChristenUnie en Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP)	468.675

Quelle: Kiesraad (Wahlbehörde)

Diagramme Sitzverteilung/Koalitionsmöglichkeiten:



Über eine Mehrheit im Parlament würden folgende Parteikonstellationen verfügen:

VVD + PvdA + CDA	82 Sitze
VVD + PvdA + D66 + GroenLinks	81 Sitze
VVD + CDA + SP + D66	77 Sitze
VVD + CDA + SP + GroenLinks	77 Sitze
VVD + PVV + CDA	76 Sitze
VVD + PvdA + SP	76 Sitze

Quelle: niederlandenet.de